



Medienmitteilung

Schlussbericht der IJV: Die Gemeinderäte von Biel und Leubringen sowie der RFB möchten sich künftig an den Arbeiten beteiligen.

Biel, 4. Mai 2009

Mit grösstem Interesse haben die Gemeinderäte von Biel und Leubringen sowie der Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (RFB) den Schlussbericht der Interjurassischen Versammlung (IJV) zur Kenntnis genommen. Dieser wurde den Auftraggebern offiziell am 4. Mai 2009 überreicht. Siehe hier ihre gemeinsame Medienmitteilung, der eine Erklärung der Stadt Biel vorausgeht.

Erklärung des Gemeinderates der Stadt Biel

Der Gemeinderat der Stadt Biel nimmt die Veröffentlichung des Schlussberichtes der IJV zur Kenntnis. Er bedauert zutiefst, dass trotz verschiedener diesbezüglicher Versuche und Anträge Biel nicht in die Arbeiten der IJV einbezogen und die Stellungnahme des zweisprachigen Amtsbezirks Biel nicht angehört wurde. Der Gemeinderat weist noch einmal darauf hin, dass eine Lösung der Jurafrage nicht möglich ist, ohne Biel als grösste zweisprachige Stadt der Schweiz zu berücksichtigen.

Der Gemeinderat bestätigt seine Politik im Zusammenhang mit der Jurafrage. Diesbezüglich verfolgt er eine aktive und institutionalisierte Neutralitätspolitik. Diese Neutralität bedingt, dass sich die Stadt Biel nicht direkt in die Lösung der Jurafrage einmischt. Sie ist aber aktiv und beteiligt sich an mehreren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organen der Region wie der Vereinigung der Städte des Jurabogens (RVAJ), der Konferenz der Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten des Berner Juras und des zweisprachigen Amtsbezirks Biel oder der künftigen Regionalkonferenz. Die Beziehungen zwischen dem Amtsbezirk Biel, dem Berner Jura und dem Kanton werden auch im Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel geregelt. All diese Elemente tragen dazu bei, dass die Zukunft des Amtsbezirks Biel untrennbar mit derjenigen der Region verbunden ist.

Nachdem der Gemeinderat den Schlussbericht der IJV zur Kenntnis genommen hat, wird er diesen nun im Detail prüfen. Künftig möchte er auf Einladung des Regierungsrates des Kantons Bern im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens Stellung nehmen. Wie der Gemeinderat von Leubringen und der Rat für französischsprachige Angelegenheiten wird der Gemeinderat der Stadt Biel alles daran setzen, um auf die Anliegen des Amtsbezirks Biel aufmerksam zu machen. Er möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Stadt Biel nur im Rahmen eines zweisprachigen kantonalen Gebildes existieren kann.

-- Gemeinsame Erklärung der Gemeinderäte von Biel und Leubringen sowie des RFB

Arbeiten der IJV

Die Gemeinderäte von Leubringen und Biel sowie der RFB begrüßen das Bestreben der IJV, die sich während den gesamten Arbeiten um eine Aufrechterhaltung des Dialogs und der gegenseitigen Absprache bemüht hat. Sie sprechen sich dafür aus, den Frieden in der Region zu erhalten. Nur so können die Entwicklung derselben und der Dialog mit den Nachbarregionen gefördert werden. Im Sinne des Sonderstatutgesetzes möchte der RFB mit dem BJR zu einem konstruktiven Dialog beitragen. Gemeinsam mit den Gemeindebehörden von Biel und Leubringen will sich der RFB dafür einsetzen, dass der Amtsbezirk Biel im Rahmen der künftigen Arbeiten eine ihm gebührende Rolle spielen kann.

Erwartungen der politischen Behörden des Amtsbezirks Biel und der RFB

Die Gemeinderäte von Leubringen und Biel sowie der RFB sind davon überzeugt, dass die Bevölkerungen des Kantons Jura und des Berner Juras über die Zukunft entscheiden müssen. Im Rahmen der Debatten, die rund um die Arbeiten der IJV geführt wurden, haben sie sich deshalb bis anhin zurückgehalten. Aufgrund dieser Haltung liessen sich unnötige Spannungen vermeiden. Die Gemeinderäte von Leubringen und Biel sowie der RFB verfolgten die Arbeiten der IJV aber mit grösster Aufmerksamkeit. Bei der Übergabe des Schlussberichtes können sie nun den Auswirkungen einer Wahl des Berner Juras nicht gleichgültig gegenüberstehen. Ihnen ist klar, dass aus den oben erwähnten Gründen das Schicksal der französischsprachigen Bevölkerung im Amtsbezirk Biel und im Kanton Bern eng mit demjenigen des Berner Juras verknüpft ist. Sie bedauern, dass die Situation im Amtsbezirk Biel nicht in die Reflexionen der IJV einbezogen wurde. Die Schicksalsfrage bleibt weiterhin offen und je nachdem, wie sich die Bevölkerung des Berner Juras entscheiden wird, werden die Behörden originelle Antworten finden.

Inzwischen obliegt es den kantonalen Behörden, die eigens zu diesem Zweck gebildeten Organe zu konsultieren, um sie auf das Verfahren vorzubereiten, das nach der Veröffentlichung des Schlussberichtes der IJV in die Wege zu leiten ist. Die Gemeinden von Leubringen und Biel sowie der RFB hoffen, dass der Amtsbezirk Biel künftig nicht mehr von sämtlichen Reflexionen im Zusammenhang mit der Zukunft der Region ausgeschlossen ist. Sie sprechen sich dafür aus, dass das weitere Verfahren unter der Ägide der tripartiten Konferenz stattfindet und der Dialog gefördert wird. In diesem Zusammenhang haben sie die Aufgabe, die Anliegen des zweisprachigen Amtsbezirks Biel zu vertreten und für den regionalen Zusammenhalt zu sorgen. In der Tat sind auch die Interessen der deutschsprachigen Bevölkerung zu berücksichtigen.

Zusammen mit dem RFB werden die Gemeinderäte von Leubringen und Biel den kantonalen Behörden Rede und Antwort stehen, wenn diese sie in die Vernehmlassung einbeziehen. Sie fordern die kantonalen und Gemeindebehörden auf, alles zu tun, um

- den interregionalen, interkantonalen und interkommunalen Dialog aufrecht zu erhalten;
- die Zweisprachigkeit im Amtsbezirk Biel und infolgedessen im Kanton Bern zu erhalten und zu fördern und sich unter Berücksichtigung der Interessen der französischsprachigen Bevölkerung für den Zusammenhalt einzusetzen.

Kontext: Beziehungen zwischen dem Amtsbezirk Biel und dem Berner Jura

Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (SStG)

Das von der IJV befürwortete SStG (vom 13. September 2004) ermöglichte die Bildung von zwei Räten mit regionalem Charakter: dem Bernjurassischen Rat (BJR) und dem Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (RFB). Beide Räte entstanden zur gleichen Zeit, nämlich im Juni 2006. Als beratendes Organ vertritt der RFB die Interessen der Romands des Amtsbezirks Biel und macht die Kantonsbehörden auf deren Anliegen aufmerksam. Obwohl die beiden Räte nicht über die gleichen Kompetenzen verfügen, ist ihnen in zwei wichtigen Bereichen - Schule und Kultur - die Zusammenarbeit gelungen. Wenn gemeinsame Interessen auf dem Spiel stehen, treten die Räte stets mit vereinten Kräften dafür ein. So vermochten sie die Befürchtungen derjenigen zu besänftigen, die der Ansicht waren, eine Trennung beider Einheiten würde sich für die Interessen der Region schädlich auswirken.

Natürliche und topografische Beziehungen

Die Topografie des Juras prägt sein Schicksal. In jedem Tal haben sich Ortschaften gebildet, die ihre Interessen unter grossem Einsatz vertreten. Dies stellt ein legitimes Anliegen dar. Dazu kommt, dass sich jeder Bewohner und jede Bewohnerin mit dem eigenen Gebiet verbunden fühlt. Dieses beruhigende Gefühl wird dann gestärkt, wenn die Auswirkungen einer globalisierten Wirtschaft zu Unsicherheit und Destabilisierung führen. Die Nachbarstädte – darunter Biel – stellen attraktive Zentren dar, denen man paradoxerweise widerstehen möchte. Die jurassischen Täler – und die Verkehrswege – führen aber automatisch nach Biel, das sich durch seine vorteilhafte Lage im Schweizer Mittelland auszeichnet. Dank der Entwicklung von Verkehrswegen hat sich der Jura, der seit langem eng mit Biel verbunden ist, der Seeländer Metropole noch stärker angenähert. Die Stadt Biel kann nicht unabhängig von ihrer ländlichen Umgebung betrachtet werden, denn die wirtschaftlichen Realitäten, die zunehmende Mobilität und das Streben der jungen Generation führen ebenfalls zu einer Festigung der Beziehungen.

Institutionelle Beziehungen: die Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois (BBSJB)

Im Juni 2007 sprach sich das Berner Stimmvolk für die Umsetzung der Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ) aus. In den sechs Regionen des Kantons können somit Regionalkonferenzen gebildet werden. Während das Prinzip verabschiedet wurde, muss das genaue Modell der künftigen Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois noch festgelegt werden. Dieses ist Gegenstand einer Untersuchung und wird anschliessend zur Volksabstimmung gelangen. Die Bildung der neuen Einheit sollte es ermöglichen, in gegenseitiger Absprache und Harmonie den Nordteil des Kantons zu entwickeln. Diese Agglomerationspolitik regt dazu an, die Beziehung Stadt-Land und somit diejenige Biels mit der Region aus einem neuen Blickwinkel zu betrachten.

Für die Einwohnergemeinde Leubringen: D. Nussbaumer,
Gemeindepräsident
Für die Stadt Biel: H. Stöckli, Stadtpräsident
Für den RFB: B. Sermet, Präsidentin, und D. Gaffino,
Generalsekretär

Mitteilung an die Redaktionen:

Weitere Informationen erhalten Sie bei:

- *Hans Stöckli, Stadtpräsident von Biel*
- *Daniel Nussbaumer, Gemeindepräsident von Leubringen (079/343 51 31)*
- *Béatrice Sermet-Nicolet, Präsidentin des RFB (032 341 86 10 oder 079 209 34 35) oder D. Gaffino, RFB-Generalsekretär (032 323 28 70 oder 078 607 17 65)*